

Der regionalpolitische Stellenwert macht Kenia zum wichtigsten Akteur in einer von zahlreichen Krisen gezeichneten Region (Somalia, Südsudan, Große Seen). Kenia ist Schwerpunktland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Da die Flüchtlings- und Migrationsproblematik das Land in besonderem Maße betrifft, ist sie auch in der Entwicklungszusammenarbeit ein wichtiges Thema und wird in all ihren Facetten durchaus diskutiert. Die Mehrzahl an Maßnahmen der deutschen EZ widmet sich hingegen überwiegend humanitären Auswirkungen der Problematik.

Im politischen Diskurs des Landes kommt dem Thema Migration eine gesteigerte Aufmerksamkeit zu. Aufgrund der Konflikte in Nachbarländern wie Somalia und Südsudan, aber auch durch die instabile Lage in Burundi und Eritrea, ist Kenia ein Zufluchtsort für zahlreiche regionale Flüchtlinge. Das Flüchtlingslager in Dabaab im Bezirk Garissa an der Grenze zu Somalia gilt mit geschätzten 650.000 Bewohnern als das größte im Land. Zugleich wird dieses Lager als potentieller „Brandherd“ gefürchtet, da radikalisierte somalische Clans und Terroristen der islamistischen Al Shabaab die vulnerable Lage der Flüchtlinge zu Macht- und Rekrutierungszwecken manipulieren und ausnutzen. Auch das Flüchtlingslager Kakuma in der Turkana-Region im Nordwesten des Landes weist bereits zum dritten Mal in Folge jährliche Rekordzahlen an Flüchtlingen aus dem Südsudan auf. Die Mehrheit der Flüchtlinge nach Kenia (etwa zwei Drittel) seit 1990 ist aufgrund der Sicherheitslage aus ihren Ländern geflohen. Hauptherkunftsländer der Flüchtlinge waren im Jahr 2015 Somalia (mit fast 70 Prozent), gefolgt vom Südsudan mit etwa 20 Prozent. UNHCR-Statistiken schätzen die derzeitige Flüchtlings- und Asylbewerberpopulation in Kenia auf 584.989 (*Stand: März 2015*). Arbeitsmigration aus den Nachbarländern macht einen weiteren treibenden Faktor aus.

Bei dem sogenannten „Dreier-Abkommen“ von 2013 hatten die Regierungen von Kenia und Somalia gemeinsam mit dem UNHCR versucht, einen Rahmenplan für die freiwillige Rückkehr somalischer Flüchtlinge zu entwickeln. Am 8. Dezember 2014 begann die sechsmonatige Pilotphase der Umsetzung: Von geplanten 10.000 gelangen jedoch lediglich 2.049 Rückführungen (*Stand: März 2015*). Die weitere Umsetzung und schließlich der gesamte Plan scheiterten letztendlich an der Weigerung der Flüchtlinge, in ihre Heimat zurückzukehren.

Mit seiner Grenze zu Somalia, Äthiopien und Südsudan ist Kenia ein Knotenpunkt für Migrationsströme in der Region. Es ist vor allem Ziel- und Transitland für Hunderttausende Menschen, aber auch selbst Ausgangspunkt von Migration – dies vor allem mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen.

Der Norden Kenias steht zudem vor besonderen Herausforderungen aufgrund traditioneller Migration nomadischer und halbnomadischer Hirten zwischen Äthiopien, Kenia, Somalia und Uganda. Doch auch innerhalb der Landesgrenzen kommt es immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen nomadisierenden Viehhirten unterschiedlicher Ethnien aufgrund von Wanderbewegungen und um Land und Weideflächen.

Kenia hat mehrere internationale Abkommen zum Flüchtlingsschutz unterschrieben, allerdings noch keine kohärente nationale Flüchtlingspolitik oder strategische Herangehensweise entwickelt, wie zum Beispiel Integrations- und Umsiedlungsprogramme. Dies, obwohl die durch die Flüchtlingsströme verschärfte Sicherheitslage wie auch der wachsende Ressourcen- und Arbeitsplatzmangel das Land vor immer größere Herausforderungen stellt – politisch wie wirtschaftlich. Die umstrittene Ankündigung der kenianischen Regierung nach dem Anschlag auf die Universität in Garissa im April 2015, das dort befindliche Flüchtlingslager zu schließen, hat aufgrund ihrer Kurzsichtigkeit national wie international einen Sturm der Entrüstung ausgelöst und verdeutlicht die Planlosigkeit und den Aktionismus der sicherheitspolitisch Verantwortlichen im Land.

Auch in Bezug auf Arbeitsmigration hat Kenia unter anderem entsprechende bilaterale Abkommen mit anderen afrikanischen Ländern wie zum Beispiel Uganda, Tansania, Burundi

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

und Ruanda abgeschlossen, um den freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zu kontrollieren und erleichtern. Vor allem im Raum der Ostafrikanischen Gemeinschaft wirken sich der Austausch qualifizierter Arbeitskräfte sowie geschlossene Handelsabkommen positiv auf das Wirtschaftswachstum und die Beziehungen zwischen den jeweiligen Ländern aus. Dennoch stehen die diesbezüglichen Bemühungen noch am Anfang und sind von einer Implementierung noch weit entfernt.

Auch Menschenhandel stellt ein dringliches, weitgehend ungelöstes Problem dar. Schon lange gilt Kenia als Ursprungs-, Transit- und Zielland für Männer, Frauen und Kinder zum Zwecke der Zwangsarbeit und Zwangsprostitution. Inzwischen wird dies auch durch die kenianische Regierung bestätigt, die in einem erstmalig erstellten Migrationsprofil, veröffentlicht im März 2015, das Land als regionale Drehscheibe des regionalen Menschenhandels beschreibt.

Wahrnehmung von Migration

Die vermehrten Terroranschläge der letzten Jahre insbesondere durch Al Shabaab (wie etwa der bereits erwähnte Anschlag auf die Universität Garissa vom 2. April 2015, bei dem 147 Studenten ums Leben kamen) führten zu einer Zunahme fremdenfeindlicher Aktionen und haben ohnehin schon bestehende Vorurteile gegenüber Migranten, aber auch der alteingesessenen somalisch stämmigen Minderheit in Kenia verstärkt. Willkürliche Festnahmen (wie etwa im April 2015 von 3.000 Somalis in Nairobi) und als Sicherheitsoperationen gegen Terroristen gerechtfertigte Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte kommen immer häufiger vor. Auch bei der Ausweisung von asylsuchenden Somalis wird inzwischen resolut durchgegriffen, wobei auch hier wenig differenziert vorgegangen und kaum zwischen Terroristen und friedlichen schutzsuchenden Flüchtlingen unterschieden wird, wie etwa äthiopische Somalis und Ogaden-Flüchtlinge. Die Pauschalverurteilung von Flüchtlingen und die gegenseitig angeheizte, oftmals eskalierende Stimmung zeigt die Problematik des Umgangs mit Flüchtlingen und trägt wenig zur Lösung der Bedrohung durch den Terrorismus bei.

Aktionistisch-populistische Reaktionen der Regierung tragen wenig zu einer langfristigen Lösung der Problematik bei. So rief Innenminister Joseph Ole Lenku im April 2015 zur Generalumsiedlung somalischer Flüchtlinge aus den Städten in die Grenzlager auf, unter Berufung auf "Not-Sicherheitsanforderungen" in kenianischen Städten. Auch die bereits erwähnten Pläne zur Schließung des Dabaab-Flüchtlingslagers und Zwangsrückführung seiner Bewohner dürften die Lage ebenso wenig entschärfen, die willkürliche Überwachung somalischer Gemeinden in der Hauptstadt Nairobi oder der bereits begonnene Bau einer "Sicherheitsmauer" an der kenianisch-somalischen Grenze. Zwar wäre eine generelle Verschärfung der Grenzkontrollen nicht wenig wirksam, allerdings nur bei gleichzeitiger Bekämpfung der Hauptursache der Grenzdurchlässigkeit – nämlich gerade bei Polizei und Sicherheitskräften allgegenwärtige Korruption. Auch besteht die Befürchtung, dass eine Sicherheitsmauer weniger das Eindringen potentieller Terroristen als vielmehr den Handel von mit zum Teil lebenswichtigen Gütern und Lebensmitteln blockiert.

Kenianische Menschenrechtsaktivisten und Sicherheitsanalysten haben die bisher geplanten Maßnahmen jedenfalls als eine Mischung aus Kurzsichtigkeit, Fremdenfeindlichkeit und Realitätsferne verurteilt. Nach Ansicht der Nationalen Menschenrechtskommission verstoßen die diesbezüglichen Polizeieinsätze der Regierung in Nairobi zudem gegen die Verfassung und internationale Menschenrechtsstandards. Kommissarin Suzanne Chivusia kritisierte die Willkür und die unmenschlichen Bedingungen mit begrenztem Zugang zu Nahrungsmitteln, Wasser und Sanitäreinrichtungen, unter denen zum Teil grundlos Inhaftierte über Wochen und Monate ohne den Ansatz eines Verfahrens festgehalten würden.

Darüber hinaus werden auch die möglichen wirtschaftlichen Folgen solcher Maßnahmen und Pauschalverurteilungen außer Acht gelassen: Die somalisch stämmige Bevölkerung trägt zum kenianischen Wirtschaftswachstum nicht unerheblich bei. Allein die Einkaufszentren in Eastleigh, einem Stadtviertel in Nairobi mit dem bezeichnenden Spitznamen "Little Mogadischu", werfen jährlich mehr als 7 Millionen US-Dollar in die Staatskasse ab. Kenia ist eine

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

der größten Volkswirtschaften Afrikas, in der nicht nur die indische, sondern auch die somalische Bevölkerung eine tragende Rolle spielt. Deren Belästigung und Verfolgung würde die Entwicklung ganzer Stadtviertel und Teile der wirtschaftlichen Produktivität hemmen. Schon jetzt wirken sich die (besonders seit dem Attentat auf die Westgate Mall vom 23. September 2013) verschärften Polizeikontrollen und brutalen Razzien negativ aus. Unter dem Vorwand des Schutzes der "Nationalen Sicherheit" werden immer wieder neue Maßnahmen der Schikane und Überwachung gerechtfertigt.

Ursachen für die Migration aus und nach Kenia

Die Hauptursache für den seit den 1990er Jahren zunehmenden Zustrom vor allem von Somalis, Äthiopiern und Südsudanesen nach Kenia wurde bereits angedeutet und liegt in der instabilen Sicherheitslage und internen Konflikten, von denen alle drei dieser Regionen bis heute betroffen sind. Hinzu kommen Dürreperioden und Hungersnöte, die das Horn von Afrika in anhaltender Regelmäßigkeit heimsuchen, wie in besonderem Ausmaß im Jahr 2011. Ein jüngeres, aber wachsendes Phänomen ist die zunehmende Anzahl von Wirtschaftsmigranten nach, aber auch aus Kenia, was auf das wachsende Bestreben vieler Menschen der ostafrikanischen Region nach einer Verbesserung der eigenen Lebensbedingungen außerhalb ihres Landes schließen lässt.

Kenia ist auch ein Land der Abwanderung. Insbesondere Wirtschaftsflüchtlinge, aber auch Studenten und Akademiker aus Kenia suchen in anderen Ländern nach Arbeitsmöglichkeiten, besseren Lebensbedingungen und Bildung. Eine große Anzahl von kenianischen Emigranten sind qualifizierte und gut ausgebildete Kenianer, die das Land über legale Wege verlassen – mit dem Ziel, eine Ausbildung oder Arbeit in einem anderen Land, allen voran Südafrika, aber auch Großbritannien und andere europäische Länder zu suchen. Ausbildung und Arbeitserfahrung in Europa gelten als besonders prestigeträchtige Sehnsuchtsstationen im Lebenslauf, darüber hinaus sind auch die USA und Kanada in dieser Hinsicht beliebt. Für Glücksucher und Geschäftsleute sind besonders die arabische Halbinsel und der Nahe Osten attraktiv, aber auch Zielländer für Niedriglohnarbeiter und Zwangsarbeit. Die Wirtschaftsmigration aus Kenia in die Golfstaaten, insbesondere nach Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar, ist im Steigen begriffen. Die Zahl der Wanderarbeiter in die Golfregion wurde allein im Jahr 2014 auf ca. 100.000 Personen geschätzt. Häufig locken Agenturen mit Sitz in Nairobi junge kenianische Bürger in diese Staaten mit dem Versprechen gut bezahlter Jobs, die sich jedoch nicht selten als Ausbeutung und Schuldenfalle erweisen.

Innerhalb des afrikanischen Kontinents wanderten die meisten Kenianer nach Südafrika, Uganda, Tansania, Lesotho, Botswana oder Nigeria aus. Die von vielen Kenianern als perspektivlos empfundene Lage im eigenen Land wurzelt vor allem in der hohen Arbeitslosigkeit (besonders unter jungen Leuten), ethnischen Auseinandersetzungen und der Korruption.

Genauere und verlässliche Daten sind dabei schwer zu erheben, Schätzungen der Weltbank zufolge belief sich die Zahl der kenianischen Emigranten im Jahr 2014 auf insgesamt etwa eine halbe Million.

Nambia

Dr. Bernd Althusmann (25.08.2015)

Das Thema Flucht und Migration spielt in der öffentlichen Wahrnehmung Namibias eine untergeordnete Rolle. Thematisiert werden vor allem die Flüchtlingsproblematik in Südafrika oder das namibische Flüchtlingscamp Osire im Norden von Windhoek.

Eine regelmäßige Berichterstattung oder eine Kommentierung der Situation der Flüchtlinge in Europa finden nicht statt. Berichtet wird höchstens, wenn es zu einem Unglück oder zu Ausschreitungen kommt. Die großen Zeitungen bedienen sich ausschließlich bei den interna-